

# Fachliche Kurzanalyse

## Chronologischer Ablauf Tiefengeothermie Vendenheim

**10.06.2013:** Dem Unternehmen Fonroche Géothermie wird eine Exklusivgenehmigung für die Suche nach geothermischen Hochtemperaturstätten erteilt

**24.03.2016:** Geoven, Tochterunternehmen der Fonroche, beginnt den Aufbau einer Geothermie-Anlage in Vendenheim

**12.11.2019:** erstes Erdbeben der Stärke 3,1 auf der Richterskala im nördlichen Gebiet der Eurometropole Straßburg

Weitere kleinere Erdbeben folgen

**14.11.2019:** Präfektoraler Erlass zur "Aussetzung für die hydraulische Stimulation des Bohrlochs"

**25.08.2020:** Genehmigung der Präfektur des Bas-Rhin zur Wiederaufnahme der Probebohrungen (schrittweise Wiederaufnahme über 3 Monate)

**04.12.2020:** Erdbeben der Stärke 3,59 auf der Richterskala

**02.02.2021:** Erlass der Präfektin zum Stopp aller Geothermie-Arbeiten von Fonroche in Vendenheim

**24.03.2022:** das Straßburger Verwaltungsgericht kippt den Erlass der Präfektin

## Gesetzliche Grundlagen Versicherungen

### Frankreich

Geothermische Betriebsstätten werden durch das neue Bergbaugesetzbuch geregelt ([Art. L.112-1](#)).

Die einzige ausdrückliche Versicherungspflicht im Bergbaugesetz ([Art. L.164-1-1](#)) bezieht sich zwar nur auf oberflächennahe Geothermie-Aktivitäten, aber [Artikel L.155-1](#) des Bergbaugesetzes besagt, dass "der Explorator und der Betreiber der Minen vor Beginn der Arbeiten (...) eine Kautions für die Zahlung jeglicher Entschädigung im Schadensfall hinterlegen müssen".

[Artikel L.155-3](#) besagt, dass seine Haftung "weder auf den Umfang des Nutzungsrechts noch auf dessen Gültigkeitsdauer beschränkt ist". Das bedeutet, dass ein durch Bohrungen verursachtes Erdbeben auch dann dem Betreiber angelastet werden kann, wenn das Epizentrum mehrere Kilometer vom Explorationsgebiet entfernt liegt und mehrere Tage nach den Arbeiten auftritt.

Eine Gesellschaft, die Tiefengeothermie betreibt, muss eine Versicherung abschließen, die Schäden an Dritten abdeckt. Sie haftet für Schäden, die aus ihrer Tätigkeit resultieren, sobald der ursächliche Zusammenhang nachgewiesen ist. Wenn Opfer vermuten, dass ein Schaden aus dem Bergbau stammt, müssen sie sich zunächst an die *Direction régionale de l'environnement, de l'aménagement et du logement* (DREAL) wenden, damit ein Experte von GEODERIS die Hypothese bestätigen oder widerlegen kann.

## Deutschland

Bei einem Erdbebenschaden im Einwirkungsbereich einer tiefen Geothermiebohrung wird vermutet, dass der Schaden durch diesen Betrieb verursacht worden ist. Ausnahme: Es steht fest, dass das Ereignis natürlichen Ursprungs ist. Dies ist die sogenannte **Bergschadensvermutung** ([§ 120 BBergG](#)).

Vorhaben der Tiefen Geothermie dürfen nur nach Maßgabe bergbehördlicher Betriebsplanzulassungen durchgeführt werden. Die gegenwärtige Praxis der Bergbehörde geht dahin, dass von Unternehmern der **Nachweis einer Haftpflichtversicherung** für Schadensfälle verlangt wird. Diese gilt auch für Schäden an privatem Eigentum.

Die Deckungssumme hängt von der jeweiligen Versicherung ab. In der Regel wird dazu nicht der Einzelfall bewertet, sondern pauschal eine so hohe Deckungssumme angesetzt, dass es auch für das jeweilige Projekt ausreichend ist. Die dem [Regierungspräsidium Freiburg](#) vorgelegten Versicherungspolizen zum Beispiel decken laut eigener Aussage aktuell 20 Mio. Euro je Versicherungsfall.

Üblicherweise sind etwa 10 % des Deckungsbetrags durch die Versicherungsgesellschaft direkt abgedeckt. Der Rest wird über **Rückversicherungsgesellschaften** rückversichert. Auf Basis Ihrer Zulassung müssen Versicherungen zeigen, dass die Schäden, die sie versichern, auch entsprechend gedeckt sind.

Quelle: [LFZG - Häufige Fragen FAQ](#)

### Bundesberggesetz (BBergG)

- Legaldefinition eines Bergschadens in [§ 114 \(1\) Bundesberggesetz](#)
- Ersatzpflicht des zum Zeitpunkt des verursachten Bergschadens betreibenden Unternehmens: [§115 BBergG](#)
- Ersatzpflicht des Inhabers der dem Bergbaubetrieb zugrundeliegenden Berechtigung zur Aufsuchung oder Gewinnung: [§ 116 BBergG](#)
- Umfang der Ersatzpflicht, Verjährung, Rechte Dritter: [§ 117 BBergG](#)

## Entschädigungsverfahren

### Frankreich

Laut dem [Bericht über die "Entschädigung für Bergschäden" vom Dezember 2011](#) schließen Hausrat- und Gebäudeversicherungen Bergschäden in der Regel von der Deckung aus. Dennoch können in den Verträgen sogenannte "Bergbauklauseln" enthalten sein. Opfer werden also nicht zwingend von ihrer Versicherungsgesellschaft für Bergschäden oder vermutliche Bergschäden entschädigt.

Gemäß [Artikel L.155-3](#) des frz. Bergbaugesetzes ist der Betreiber für die Schäden verantwortlich und muss daher in der Lage sein, die Opfer zu entschädigen. Die Entschädigung für Immobilienschäden, die mit der gegenwärtigen oder früheren Bergbautätigkeit zusammenhängen, besteht in der Wiederherstellung des geschädigten Gebäudes.

Diese Pflicht obliegt ihm, sobald der ursächliche Zusammenhang zwischen der Bergbautätigkeit und den Schäden erwiesen ist oder, falls dies nicht der Fall ist, nicht bestritten wird. Der Betreiber kann sich von seiner Haftung befreien, wenn er nachweist, dass die Schäden auf ein Naturphänomen zurückzuführen sind.

Für den Fall, dass das Unternehmen für Tiefengeothermie zahlungsunfähig wird oder verschwindet, hat Frankreich 1999 den Garantiefonds für obligatorische Schadensversicherungen (FGAO)

geschaffen, dessen Aufgaben in [Artikel L.421-17 des Versicherungsgesetzes](#) festgelegt sind. Dieser Fonds ermöglicht es, die Entschädigung von Opfern von Bergschäden zu finanzieren oder Reparaturarbeiten an ihrem Hauptwohnsitz bis zu einer Obergrenze von 300.000 € durchzuführen ([Artikel R.421-76 des frz. Versicherungsgesetzes](#)).

Der FGAO soll nicht an die Stelle des Verursachers von Bergschäden treten und die Rolle einer "Haftpflichtversicherung" spielen. Opfer müssen sich zunächst mit ihren Entschädigungsforderungen an das Bergbauunternehmen wenden. Erst wenn dies erfolglos bleibt oder das Unternehmen nicht mehr existiert, können sie sich an den FGAO wenden. Die Opfer müssen dies innerhalb von sechs Monaten beim [Fonds de garantie des victimes](#) (Garantiefonds für Opfer) beantragen.

## Deutschland

Für den Ablauf im Schadensfall kommt es auf die jeweilige Versicherungsgesellschaft und die konkreten Bedingungen an.

Theoretischer Ablauf: Die Schadensmeldung geht bei der Projektgesellschaft ein, die dann die Versicherung informiert. Es ist dabei Aufgabe der Projektgesellschaft, der Bürgerschaft entsprechende Ansprechpersonen zu nennen, die sie im Schadensfall erreichen können. Über Messnetze (wie die seismischen Messnetze) und Pollentests kann rasch eine erste Einschätzung gegeben werden, ob das Tiefe Geothermieprojekt für den Schaden verantwortlich ist. Gegebenenfalls ist eine rasche Begutachtung des Schadens vor Ort sinnvoll. Häufig beauftragt die Projektgesellschaft auch eine Vertrauensperson der Bevölkerung vor Ort – eine sogenannte Ombudsperson – die bei der Begutachtung des Schadens bei der potentiell geschädigten Person eingebunden ist. Gegebenenfalls kann die Ombudsperson auch als Ansprechperson bei Schäden dienen.

Standardmäßig wird bei Abschluss von projektbezogenen Versicherungspolicen der Tiefen Geothermie eine Nachhaftung von 5 Jahren vereinbart, die ab Entrichtung der letzten Versicherungsprämie in Kraft tritt und eine Nachhaftung für versicherte Schäden durch den Versicherer für 5 Jahre garantiert. Da es sich aber jeweils um Einzelvereinbarungen handelt, können abweichende Regelungen in der Versicherungspolice getroffen werden.

Quelle: [LFZG - Häufige Fragen FAQ](#)

## Grenzüberschreitende Ereignisse und der Fall Fonroche Vendenheim

Bei einem grenzüberschreitenden Bergschaden stellen sich die Fragen des zuständigen Gerichts und des anwendbaren Rechts.

Das **zuständige Gericht** kann anhand der [Verordnung \(EU\) Nr. 1215/2012 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen](#) (Brüssel Ia-Verordnung) bestimmt werden. Artikel 7 Absatz 2 beschreibt die besondere Zuständigkeit des Gerichts, an dem Ort, an dem "das schädigende Ereignis eingetreten ist oder eintreten droht". Der Ort, an dem das schädigende Ereignis eingetreten ist und der Ort, an dem der Schaden sich verwirklicht, können voneinander abweichen. Der Ort, an dem das schädigende Ereignis eingetreten ist, kann sowohl als Ort der Herbeiführung des kausalen Ereignisses als auch der Ort des Schadenseintritts verstanden werden (EuGH, 30. November 1976, Handelskwekerij G. J. Bier BV gegen Mines de potasse d'Alsace SA, Rs. C-21/76).

Folglich kann bei einem Vorfall in einer Geothermie-Anlage in Frankreich, und einem daraus resultierenden Erdbeben für Geschädigte, die in Deutschland leben und für die dort ein Schaden eingetreten ist, ein Gericht in Deutschland zuständig sein.

Das **anwendbare Recht** kann anhand der [Verordnung \(EG\) Nr. 864/2007 vom 11. Juli 2007 über das auf außervertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht](#) (Rom II-Verordnung) bestimmt werden. Artikel 4 Absatz 1 sieht eine allgemeine Kollisionsnorm vor, nach der “das Recht des Staates, in dem der Schaden eintritt, unabhängig davon, in welchem Staat das schadensbegründende Ereignis oder indirekte Schadensfolgen eingetreten sind”. Ist der Schaden in Deutschland eingetreten, so ist das deutsche Recht anwendbar.

**Eine Person, die durch einen Vorfall in einer Geothermie-Anlage in Frankreich, die von einem französischen Unternehmen betrieben wird, geschädigt worden ist, kann sich an ein Gericht in Deutschland wenden, das dann das deutsche Recht anwenden wird.**

Es ergeben sich die folgenden Probleme und **mögliche Diskriminationen**, wenn man den gewöhnlichen Aufenthalt der Geschädigten berücksichtigt:

### **1) Anwendbares Recht**

Zwei Rechtssysteme sind auf ein und dieselbe Situation anwendbar, was zu einer unterschiedlichen Behandlung führen kann, insbesondere bei der Höhe der Entschädigung. Geschädigte aus Frankreich könnten vielleicht höhere Entschädigungen erhalten als Geschädigte aus Deutschland.

### **2) Staatliche Bürgschaft in Frankreich**

Da Fonroche in Konkurs gegangen ist, wurde das Unternehmen heute übernommen. In einer solchen Situation, in der ein Bohrunternehmen/eine Firma, die in der Tiefengeothermie tätig ist und Schäden bei Dritten verursacht hat und nicht mehr existiert, muss der Staat die Schulden des Unternehmens übernehmen ([Article L155-3 - Code minier \(nouveau\) - Légifrance \(legifrance.gouv.fr\)](#)). Dies setzt im vorliegenden Fall also voraus, dass der französische Staat die französischen Geschädigten entschädigen muss. Es ist aber sehr zweifelhaft, ob der französische Staat auch die deutschen Geschädigten entschädigen wird. Auch hier gibt es also eine Ungleichbehandlung.

**Zahlen im Fall Fonroche** (Stand Mitte Juli 2021, Quelle: [Microsoft Word - 211119 MIE Geothermie RAPPORT FINAL ALL.docx \(eurodistrict.eu\)](#)):

3385 Anträge auf Entschädigung: davon 2.874 in Frankreich und 511 in Deutschland. Unter diesen Anfragen waren 338 in Frankreich und 87 in Deutschland mit dem Nachbeben von 26.06.2021 verbunden. Die beiden Versicherungsgesellschaften, bei denen das Industrieunternehmen eine Versicherung abgeschlossen hat, haben einen sehr großen Teil der Erklärungen untersucht (Stand: November 2021). 893 waren in Frankreich abgeschlossen und 424 in Deutschland begutachtet. Insgesamt waren zu diesem Zeitpunkt 338 Protokolle an 125 Entschädigungen gerichtet, die von den Versicherern der Fonroche-Gruppe vorgenommen wurden, für einen durchschnittlichen vorgeschlagenen Betrag von 1973 €. Nicht berücksichtigt sind die Fälle, in denen sich die Geschädigten an ihre eigene Versicherung gewandt haben.

Im Fall Fonroch schlussfolgert der Untersuchungsausschuss (*Mission d'Information et d'Évaluation*, MIE): “Die Entschädigungsverfahren sind für die Geschädigten schwer verständlich, die Entschädigungen dauern zu lange und sind oft niedriger als die Kosten der durchzuführenden Reparaturen.” ([Microsoft Word - 211119 MIE Geothermie RAPPORT FINAL \(strasbourg.eu\)](#)).

Des Weiteren hat der Ausschuss auch vorgeschlagen, in Zukunft die grenzüberschreitende Dimension der Projekte und ihrer Auswirkungen zu berücksichtigen.